



Das völlig überfüllte Lager im griechischen Idomeni, in dem Flüchtlinge unter schlimmen Bedingungen hausten, ist eines der Symbole für das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik. Die deutsche Regierung habe inzwischen manche Versäumnisse erkannt, glaubt der Migrationsforscher Klaus J. Bade, doch sie müsse sich viel stärker weltweit engagieren.

Foto: dpa

„Wir haben keine Flüchtlingskrise, sondern eine Weltkrise“

Migrationsforscher Klaus J. Bade über fehlgeleiteten Kapitalismus, die Konkurrenz zu Asylbewerbern und eine multikulturelle Gesellschaft

Herr Bade, beim Türkei-Referendum hat sich die Mehrheit der wählenden Türken in Deutschland für die Verfassungsänderung ausgesprochen – welchen Anteil hat daran die Politik der vergangenen Jahrzehnte?

Klaus Bade: Es gab einen doppelten Sündenfall: Zum einen hat man seinerzeit die EU-beitrittswillige und durchaus reformorientierte Türkei permanent hingehalten. Zum anderen gab es die Abwehrhaltung gegenüber Türken und auch Deutschen türkischer Herkunft als Inkarnation des Fremden schlechthin. Der permanente öffentliche Integrationsdruck signalisierte Zweifel an einer Art kultureller Loyalität. Gleichzeitig distanzierte man sich durch das Gerede von Migrationshintergrund. Auf türkischer Seite spielen deshalb Irritationen, Frustrationen, Empörung und verletzter Stolz eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Was ist am Begriff „Migrationshintergrund“ so problematisch?

Bade: Als Einwanderer türkischer Herkunft konnte man so deutsch sein wie man wollte, das wurde immer andeutungsweise relativiert. Der Begriff Migrationshintergrund muss weg. Wir sollten, wie die Amerikaner, von Einwanderern oder Ausländern reden. Und eingebürgerte Einwanderer sind Deutsche.

Welche Fehler sind noch gemacht worden? Sie sprachen mal von dem verlorenen Jahrzehnt der 80er Jahre.

Bade: Eigentlich gab es – nicht auf der kommunalen Ebene, aber auf der Bundesebene – bis in die 90er Jahre eine defensive Erkenntnisverweigerung unter dem Stichwort „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“. Immer wieder gab es deutsche Blockaden, auch gegen die Reform des europäischen Asylrechts und besonders gegen die Verteilungsquoten. All das rächt sich heute, in der sogenannten Flüchtlingskrise, bat dann die Bundesregierung um das, was sie selbst früher einst abgelehnt hatte – gesamt-europäische Verteilungsquoten.

Das ist ein Arbeiten an den Symptomen der Flüchtlingskrise. Reicht das?

Bade: Deutschland muss akzeptieren, dass es als führende Wirtschaftsmacht in Europa auf eigene Kosten vorangehen muss – in Europa selber, aber auch in Afrika. Wenn wir dort – wie Entwicklungshilfeminister Müller sinnvollerweise sagt – einen Marshallplan angehen, sollten wir einen Denkfehler vermeiden: Der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg richtete sich an entwickelte Volkswirtschaften, die wieder marktfähig werden sollten. In Afrika gibt es fast 50 wirtschaftlich extrem minderentwickelte und politisch fragile Staaten, in denen fast nichts mehr geht. Dafür kann man privatwirtschaftliche Investoren kaum animieren.

Was ist die Alternative?

Bade: Von den Geberländern müssen erst mal Direktinvestitionen

geleistet werden, um überhaupt ein Fundament zu schaffen für private Investitionen. Wir müssen flexibler denken lernen, sonst könnte Wirklichkeit werden, was Rupert Neudeck einmal gesagt hat: In Afrika sitzen 50 Millionen junge Leute auf gepackten Koffern.

Hier sind wir bei einem Stichwort, das im Moment inflationär verwendet wird, aber selten mit Umsetzbarem und Zielführendem untermauert wird: Fluchtursachen bekämpfen.

Bade: Es gilt zu begreifen, dass wir keine Flüchtlingskrise haben, sondern eine Weltkrise, die Flüchtlinge auch vor die Tore Europas spült. Dann weiß man, dass es um eine Systemkrise geht. Der Papst sagte: „Dieses System tötet“. Helmut Schmidt hat vom „Raubtierkapitalismus“ gesprochen, Franz Müntefering von einer finanzkapitalistischen Heuschreckenplage. Wolfgang Schäuble spricht von der Gier. Alle vier meinen das Gleiche. Hier ist im System etwas faul und wenn wir uns darum nicht kümmern, dann werden wir global noch größere Probleme bekommen.

Nun ist Kapitalismuskritik nichts Neues.

Bade: Den Kapitalismus kann man nicht durch politischen Beschluss abschaffen, aber man kann seine Auswüchse begrenzen: Zum Beispiel die Waffenlieferungen in Krisengebiete. Da kann man nicht sagen, das erhält in Deutschland Arbeitsplätze, das sind blutige Arbeitsplätze. Und warum dürfen subventionierte Lebensmittel aus Europa in Afrika die Agrarproduktion ruinieren? Warum dürfen Hedgefonds auf Grundnahrungsmittel spekulieren und damit die Versorgung von Hungernenden und Flüchtlingen gefährden?

Migrationspolitik kann allein genommen also wenig bewirken?

Bade: Migrationspolitik als solche ist ebenso eine Luftnummer wie Integrationspolitik als solche. Man muss runter auf den Boden kommen. Es geht konkret darum, die Hintergründe, Begleitumstände und Folgen von Migration zu bearbeiten. Das Migrationsproblem als solches kann man nicht „lösen“. Und Integrationspolitik ist konkret immer Teilhabepolitik – da geht es um die Förderung von Arbeit, Bildung, Sprache, Wohnraum, der Rest ergibt sich von selber – oder eben nicht. Es gibt auch Grenzen der Gestaltbarkeit.

Ein modernes Einwanderungsland – wie sieht das aus?

Bade: Wir sollten ein gemeinsames Leitbild haben, das auch in der Verfassung verankert werden könnte. Die Amerikaner haben die Selbstbeschreibung als „Nation der Einwanderer“ nicht als „Gründungsmythos“ gehabt, sondern erst eingeführt, als es in den

60er und 70er Jahren Rassenunruhen gab, um diese Spannungen abzubauen. Und die Kanadier sagen auch erst seit den 1980/90er Jahren: „Vielfalt ist unsere Stärke“. Das sind tragfähige Leitideen, die auch bei uns in die Köpfe hinein müssen.

„In unserem System ist doch etwas faul“

Bade: Es gibt klassische und moderne Einwanderungsländer. Wir gehören zur zweiten Gruppe. Unser Land war nicht auf Einwanderung abgestellt. Wir wollen aber nicht vergessen, dass auch die deutsche Geschichte von Massenmigration geprägt gewesen ist. Im Ruhrgebiet waren zum Beispiel im späten 19. Jahrhundert die



gebraucht, bis aus ihnen Amerikaner deutscher Herkunft wurden.

Sie haben mehrfach die USA als Vorbild genannt. Doch dieses Land ist – wie manch andere, die lange dachten sie seien bei der Integration gut – tief gespalten.

Bade: Einer der Gründe für die neurotische Wahldiskussion in den USA war die Angst um die ethnische Identität des weißen Amerika. Die Amerikaner haben langsam begriffen, dass es um die Jahrhundertmitte keine weiße Mehrheitsbevölkerung mehr geben wird, sondern nur unterschiedlich große Minderheiten – Weiße, dann Schwarze und Hispanics. Da ist eine Urangst angesprungen. Auch in großen deutschen Städten wird es in einigen Jahrzehnten keine Mehrheitsgesellschaften mehr geben, sondern nur noch unterschiedlich große Minderheiten.

Klaus J. Bade, geboren 1944, ist Wissenschaftler, Publizist und Politikberater und wird auch als „Papst der Migrationsforschung“ bezeichnet. Der aus der Region Nürnberg stammende emeritierte Professor lebt in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, ist aber nach eigenen Angaben „bekenntener Nürnberger“ geblieben. Sein neues Buch „Migration – Flucht – Integration. Kritische Politikbegleitung von der ‚Gastarbeiterfrage‘ bis zur ‚Flüchtlingskrise‘. Erinnerungen und Beiträge“ erscheint in den nächsten Tagen. Foto: privat

Einheimischen immer in der Minderheit und die Zuwanderer in der deutlichen Mehrheit. Viele Einheimische hatten regelrecht Angst vor den Neuen, obwohl die „Ruhrpolen“ aus dem preußischen Osten Deutsche waren.

Wie definieren Sie „Heimat“?

Bade: Heimat bedeutet für mich Gemeinsamkeit nicht der Traditionen, sondern der Ideen. Wenn sich jemand zu den Grundwerten unserer Verfassung bekennt – und die ist ja ein ungeheurer Reichtum – dann ist er hier angekommen.

Ist das mit einer doppelten Staatsbürgerschaft vereinbar?

Bade: Dafür gibt es geeignete Modelle, zum Beispiel den sogenannten Generationenschnitt, also die Reduktion auf eine Staatsangehörigkeit nach etwa zwei Generationen, damit es nicht zu einer Inflation von erbter Mehrstaatigkeit kommt. Außerdem sollte jeder die Risiken der doppelten Staatsangehörigkeit kennen, die dann nicht mehr schützt, wenn man als Deutscher im Land der zweiten Staatsangehörigkeit Probleme kriegt, siehe derzeit den in der Türkei inhaftierten deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel. Aber Einwanderung ist ein langer mentaler Prozess. Auch die Deutschen in Amerika haben lange

gemeinsamen Dach können sich viele ethno-kulturelle Heimaten entfalten.

Kann Politik das überhaupt verordnen?

Bade: Sie kann das nicht von oben verordnen, aber sie kann dafür Konzepte entwickeln. Politik muss sich ehrlich machen, muss die Augen aufmachen und nicht nur beschwichtigen und dementieren. Nehmen wir die erwähnte Sozialkonkurrenz zwischen Flüchtlingen und Armen. Flüchtlinge brauchen Wohnungen, die anderen dann fehlen, das liegt aber weniger an den Flüchtlingen als an der Privatisierung der Sozialwohnungen, die zurückgefahren werden muss. Und Flüchtlinge können auch gering qualifizierte Arbeitsplätze wegnehmen, wenn sie besser qualifiziert sind und Arbeitgeber sie für billig Geld einstellen. Es hat keinen Zweck, das zu dementieren. Man muss die Probleme sehen und intervenieren, damit sich die Spannungen nicht weiter verschärfen.

Also ist klassische Sozialpolitik gefragt.

Bade: Jein. Wir leben nicht mehr in der sozialen Moderne der Nachkriegsjahrzehnte mit den Leitbildern von Wachstum und Selbstregulierung durch Sozialausgleich, im Gegenteil: Trotz wirtschaftlichen Wachstums wächst die Spaltung in der Gesellschaft. Wir müssen uns neu orientieren.

Reicht es, nur nach Politik zu rufen?

Bade: Nein. Kanzlerin Angela Merkel hatte mit ihren drei Worten „Wir schaffen das“ eine Art globalen Schabowski-Effekt (mit einem Satz löste der damalige SED-Funktionär Günter Schabowski einen Massenansturm von DDR-Bürgern auf die Grenze nach West-Berlin aus, d. Red.): Plötzlich waren die Flüchtlinge da. Hätte es damals die breite Bürgerbewegung nicht gegeben, hätte alles in einem verheerenden fremdenfeindlichen Chaos enden können. Die Bürger haben in Kooperation mit den Kommunen direkte Handlungsverantwortung übernommen und gezeigt, dass sie Politik vor sich herreiben können. Diese Bürgerbewegung sollte sich überall und noch stärker engagieren.

Wagen wir einen Blick in die Zukunft: Wo stehen wir in einigen Jahrzehnten?

Bade: Ohne eine engagierte Bürgerbewegung könnte sich die Spaltung zwischen Integrationsoptimisten und -pessimisten weiter vertiefen. Der Rechtsruck könnte zunehmen, irritierte Bürger könnten sich in Ersatzidentitäten flüchten und sich dazu noch stärker von „den Anderen“ distanzieren. Ich glaube aber, dass auch Politik heute erkannt hat, dass man umsteuern muss. Leider reagiert Politik immer erst dann, wenn es fast zu spät ist. Literaturkenntnis schützt vor Neuentdeckungen.

Interview: FRANZISKA HOLZSCHUH

„Es hätte ein verheerendes Chaos geben können“